

VERTRAULICH

EIDG. FINANZVERWALTUNG

Sektion Währung

972.39/Zu/ZUTÜRKL.DOC

Bern, 19. Juni 1992

AKTENNOTIZ

BWI: Bildung einer Ländergruppe Gespräch zwischen Frau Ciller, Wirtschaftsminister der Türkei, und Herrn Bundesrat Stich in Istanbul vom 16.6.92

1) BR Stich dankt Frau Çiller für ihre Bereitschaft, trotz der Terminprobleme die schweizerische Delegation zu empfangen. Seit dem letzten gemeinsamen Gespräch anlässlich der Frühjahrstagungen in Washington habe sich in der Schweiz in Sachen BWI einiges bewegt. Der schweizerische Beitritt wurde am 17. Mai 1992 vom Volk gutgeheissen, und seit dem 29. Mai 1992 seien wir Mitglied der BWI.

Frau Çiller gratuliert BR Stich herzlich zum Beitritt zu den BWI und entschuldigt sich für die kurzfristige Verschiebung des Gesprächstermins.

2) BR Stich stellt kurz die schweizerische Position bezüglich der Vertretung in den Exekutivräten dar. Aufgrund der relativ hohen Quote, die der IMF der Schweiz zugestanden habe, beabsichtige die schweizerische Regierung in beiden Räten mit einem Exekutivdirektor vertreten zu sein. Ziel sei die Bildung einer neuen, durch die Schweiz angeführten Ländergruppe. BR Stich betont, dass diese neue Gruppe nicht eine bestehende Constituency verdrängen soll und daher eine Erhöhung der Anzahl der Exekutivratssitze notwendig sei.

Herr Waigel und Herr Brady hätten der Schweiz ihre grundsätzliche Unterstützung bezüglich des schweizerischen Anspruchs zugesagt, wobei letzterer nur eine Lösung innerhalb der aktuellen Sitzzahl sehe.

Die Schweiz würde es sehr begrüessen, wenn die Türkei in der neu zu bildenden Ländergruppe teilnehmen könnte. BR Stich hebt hervor, dass die Türkei und die Schweiz schon heute in der BERD in der gleichen Constituency seien und gute wirtschaftliche Beziehungen zwischen den beiden Staaten beständen. Als weitere Mitglieder der Gruppe kämen Polen, das schon positiv reagiert habe, und verschiedene zentralasiatische GUS-Staaten in Frage.

Das Referendum habe es der Schweiz verunmöglicht, die Bildung der neuen Ländergruppe früher an die Hand zu nehmen, was im Hinblick auf die bevorstehenden Exekutivratswahlen sehr bedauerlich sei.

Kopie an:

- Mitglieder BWI-Delegation
- Mitglieder BWI-Steuerungskomitee
- Schweizer Botschaft in Ankara und in Washington
- Gy, Kae, It, Zu



3) Frau Çiller sagt ausdrücklich, dass die Türkei vom schweizerischen Vorschlag sehr geehrt sei und erläutert die aktuelle Situation in der belgischen Gruppe wie folgt:

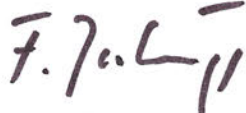
Die muslimischen GUS-Staaten stehen jetzt vor der Wahl, dem türkischen oder dem iranischen Modell zu folgen. Aus der Sicht der religiösen Zugehörigkeit sind die Bevölkerungen dieser Staaten näher beim Iran, da die Mehrheit der schiitischen Glaubensrichtung zuzuordnen sind. Die türkische Regierung ist davon überzeugt, dass die Einführung einer demokratischen und weltlichen Regierungsform in diesen Staaten für die Zukunft der Region ausschlaggebend sein wird und im Interesse der internationalen Gemeinschaft liegt. Die Türkei hat ihre Beziehungen zu diesen Staaten vertieft und ist u.a. bestrebt, deren Integration in europäische Ländergruppen innerhalb der multilateralen Institutionen voranzutreiben.

Innerhalb der belgischen Gruppe ist die Diskussion bezüglich der Aufnahme verschiedener GUS-Staaten schon im Gang. Belgien ist grundsätzlich bereit, einige dieser Staaten aufzunehmen. Zur Diskussion stehen Weissrussland, Usbekistan, Kirgistan, Kasachstan und Aserbeidschan. *[Unklar bleibt, wie konkret die Ergebnisse der Gespräche zurzeit sind.]*

4) Bezüglich des schweizerischen Vorschlags führt Frau Çiller aus, dass sie heute keine definitive Zusicherung machen könne. Sie schlägt eine Sitzung auf Expertenebene vor, um die noch offenen Fragen und die Details zu klären. Aufgrund der zeitlichen Dringlichkeit, sei das Treffen nächste Woche in Ankara vorzusehen. *[Unklar war, ob Frau Çiller über die am gleichen Morgen stattgefundenen Gespräche mit Vertretern des türkischen Finanzdepartements informiert war.]*

BR Stich dankt für die Bereitschaft, den schweizerischen Vorschlag rasch abzuklären und hält abschliessend fest, dass er sich sehr freuen würde, Frau Çiller in der Schweiz empfangen zu dürfen. Frau Çiller dank ihrerseits für das schweizerische Interesse an einer gemeinsamen Gruppe und nimmt die Einladung gerne an.

EIDG. FINANZVERWALTUNG
Sektion Währung


F. Zurbrugg

VERTRAULICH

EIDG. FINANZVERWALTUNG

Sektion Währung

972.39/Zu/ZUTÜRK1.DOC

Bern, 19. Juni 1992

AKTENNOTIZ

BWI: Bildung einer Ländergruppe Gespräche in Ankara vom 16.6.92

Teilnehmer: Kemal Kabatash (Acting Under-Secretary of Treasury and Foreign Trade External Economic Relations)
 Bülent Özgun (Dep. Director Foreign Economic Affairs)
 Bülent Payaslioglu (Dep. Director Treasury)
 2 Verantwortliche des IMF-Dossiers
 Dir. Gygi / Zurbrügg (EFV); Min. Gerber (BAWI); Junot (Vertretung Ankara)

Gygi umreisst kurz die Vorgeschichte des Beitritts und die schweizerische Position bezüglich der Vertretung in den Exekutivräten der BWI.

- Das Ziel ist, mittels einer neuen, von der Schweiz angeführten Ländergruppe in beiden Räten mit einem Exekutivdirektor vertreten zu sein, wobei keine bestehende Gruppe verdrängt werden soll. Leider hat das Referendum viel Zeit gekostet, so dass die Aufnahme der Verhandlungen erst zu einem sehr späten Zeitpunkt erfolgen konnte.
- Die Türkei ist ein naheliegender Partner für eine neue Gruppe, da sie u.a. bei der BERD in der gleichen Constituency ist wie die Schweiz und gute wirtschaftliche Beziehungen zwischen den beiden Staaten bestehen. Um die Chancen für einen zusätzlichen Sitz zu erhöhen, sollte die Gruppe über einen relativ bedeutenden Stimmenanteil verfügen. Als weitere Mitglieder der neuen Gruppe sieht die Schweiz Polen sowie verschiedene zentralasiatische GUS-Staaten vor.
- Die USA unterstützt die schweizerische Forderung nach einer angemessenen Vertretung, jedoch nur im Rahmen der zurzeit vereinbarten 23 Sitze. Diese Haltung wird sich vermutlich wandeln, wenn die Schweiz mit einem konkreten Vorschlag für eine neue Ländergruppe auftreten kann.

Kabatash stellt folgende Fragen: a) was geschieht, wenn der 24. Sitz nicht geschaffen wird?; b) Ist die schweiz. Mitgliedschaft rechtlich an das Erzielen eines Sitzes gebunden?; c) Welche Risiken bestehen für die Türkei?

Kopie an:

- Mitglieder BWI-Delegation
- Mitglieder BWI-Steuerungskomitee
- Schweizer Botschaft in Ankara und in Washington
- Gy, Kae, It, Zu

Gygi erklärt kurz das Wahlprozedere und hält fest, dass der zusätzliche Sitz auch forciert werden könnte. Die Schweiz möchte jedoch vor den Wahlen den Konsens für einen 24. Sitz erreichen. Gerber betont, dass die USA gegen einen Sitz seien, weil sie eine Verstärkung der europäischen Position im Exekutivrat befürchten würden. Die Tatsache, dass 25 neue Mitglieder dazu gestossen sind, mache eine Erhöhung um 2 Sitze eine Selbstverständlichkeit.

Was die Verknüpfung des Beitritts mit dem Exekutivdirektor betrifft, bestätigt Gygi, dass keine rechtliche, sondern eine politische Verpflichtung bestehe.

Die Risiken für die Türkei seien schwer zu bewerten. Belgien wäre sicher nicht gerade beglückt. Türkei würde aber in der belgischen Gruppe bleiben, wenn CH-Constituency nicht zustande kommt. Gygi unterstreicht, dass die Türkei bei einem Wechsel ihre Position in der Gruppe verbessern wird. Beispielsweise kann er sich eine Lösung vorstellen, in der die Türkei bei der Weltbank einen permanenten Stv. Direktor und im IWF einen Berater stellen könnte.

Auf die Frage, welche GUS-Staaten die Türkei prioritär in der neuen Gruppe haben möchte, antwortet Kabatash: Usbekistan, Kasachstan und Kirgistan. Falls Kasachstan nicht klappen sollte, käme Aserbeidschan dazu.

Kabatash hält zusammenfassend die türkische Position wie folgt fest:

- Der schweizerische Vorschlag "is well received" und stellt eine interessante Möglichkeit dar. Kabatash ist mit der angestrebten Zusammensetzung der neuen Gruppe einverstanden und sieht diese Möglichkeit als Chance für die Türkei bei der anstehenden Neuorganisation der Exekutivräte. Die Türkei muss jedoch sorgfältig abwägen, welche Risiken mit diesem Schritt eingegangen werden. Dafür müssen alle möglichen Szenarios (u.a. kein 24. Sitz) genau abgeklärt werden.
- Die negative Haltung der USA gegenüber einem 24. Sitz gibt Anlass zu Besorgnis. Die Schweiz muss unbedingt ein Signal oder Zusicherung der Amerikaner erwirken, dass die Erhöhung der Sitzzahl schlussendlich ihre Unterstützung erhalten wird.
- Die Türkei wird selber auch mit den USA Kontakt aufnehmen. Zudem werden die GUS-Staaten angegangen.

EIDG. FINANZVERWALTUNG
Sektion Währung


F. Zurbrugg